

Die Rückwanderung von Wolhynien nach Deutschland bis 1918

eine Recherche im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (GStAPK)

- von Oliver Günther -

Vorwort

Am Anfang meiner eigenen Familienforschung stand die Frage, wann und warum meine Vorfahren aus Wolhynien nach Deutschland gekommen sind und warum sie gerade in einem kleinen Dorf in Brandenburg eine neue Heimat fanden. Es erschien mir sehr fragwürdig, warum eine Familie einen Ort verließ, wohin sich ihre Eltern und Großeltern auf einem beschwerlichen und ungewissen Weg gemacht und den sie in harter Arbeit urbar gemacht hatten. So einen Ort verläßt man doch nicht so ohne weiteres. Warum sollte man dann ausgerechnet in ein kleines Dorf in Deutschland ziehen, das rund 1500 km von Wolhynien entfernt und auf keiner Karte zu finden war? Woher kannten sie dann überhaupt ihre neue Heimat?

Neben der mündlichen Überlieferung, daß die Familie aus Wolhynien stammte, besaß ich nur die Eheschließungsurkunde von 1917 der Urgroßeltern aus Orenburg. Darin stand, daß die Brautleute als Kolonisten aus Nowograd-Wolhynsk in Wolhynien stammten. Warum sie in Orenburg heirateten und wie und wann sie nach Deutschland kamen, waren deshalb meine ursprünglichen Fragen.

Nachdem ich außerdem die Einbürgerungsakte der Urgroßmutter im Landeshauptarchiv Brandenburg fand, konnte ich dieser Akte den „Rückwandererausweis“ der Familie von 1918 aus Rowno entnehmen. Dieser „Rückwandererausweis“ machte mich dann zunehmend neugierig und ich beschäftigte mich daraufhin mit dem Thema der Rückwanderung von Wolhynien nach Deutschland.

Es gibt kaum wissenschaftliche, historische Quellen und Literaturhinweise über die bis 1918 erfolgte Rückwanderung nach Deutschland. Deshalb stützen sich meine Überlegungen auch hauptsächlich auf mündliche Überlieferungen und Erfahrungsberichte der Betroffenen und auf die Recherche im Geheimen Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz (GStAPK).

Das Ergebnis dieser eigenmotivierten Recherche resultiert also allein aus der unbefriedigten Neugier des Familienforschers. Wegen des Mangels an verwertbaren Quellen mag dieser Aufsatz einer wissenschaftlichen Prüfung kaum Stand halten. Daher ist jeder Leser aufgefordert, meine Ideen als ersten Ansatz für seine Forschung zu nutzen, sie aber auch kritisch zu betrachten. Er wird deshalb auch gebeten, dem Autor Fehler oder Lücken mitzuteilen. Für jeden weiterführenden Hinweis, eine Richtigstellung oder Ergänzung bin ich dankbar.

Beginn und Gründe der Rückwanderung

Zum Verständnis sei vorweg der Begriff „Rückwanderer“ erläutert:

Er setzt nicht voraus, daß dieselbe Person zuvor von dort gekommen ist, wohin sie nun abwandert. Tatsächlich ist hiermit nur die Eigenschaft der familiären, historischen Abstammung der ausgewanderten Siedler gemeint. In der Gegenwart sprechen wir in einem ähnlichen Zusammenhang auch von „Aussiedlern“.

In den „Richtlinien für die Regelung der Rückwanderung aus Rußland“ von 1918 hieß es¹:

1. Rückwanderer im Sinne dieser Bestimmungen sind alle Zivilpersonen ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit, die über die deutsch-russische Sperrlinie Einlaß nach Deutschland, den besetzten Gebieten und den verbündeten oder neutralen Ländern begehren.
2. Deutschstämmig im Sinne dieser Bestimmungen sind:
 - a) ehemalige Reichsdeutsche,
 - b) diejenigen Personen, die von ehemaligen Deutschen abstammen.

Als Kennzeichen deutscher Abstammung wird es beim Fehlen ausreichender Urkunden im Allgemeinen genügen, wenn der Rückwanderer in einem überwiegend von Deutschstämmigen bewohnten Siedlungsgebiet geboren und aufgewachsen ist, einen deutschen Namen trägt und der deutschen Sprache vollkommen mächtig ist, sowie einem Bekenntnisse der evangelischen Kirchengemeinschaft, der katholischen Kirche oder der mennonitischen Sekte angehört, auch im übrigen deutsche Umgangssprache und deutsche Art bewahrt hat.

Die Frage der Rückwanderung deutscher Siedler kann meines Erachtens nicht ohne die Betrachtung der ursprünglichen Einwanderung zufriedenstellend beantwortet werden. Deshalb erfolgt hier zunächst eine kurze Zusammenfassung der Besiedelung Wolhyniens, wie unsere Vorfahren nach Wolhynien kamen:

Maßgeblich war mit Sicherheit einerseits die Unzufriedenheit der Einwanderer an den religiösen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten in ihrem Ursprungsgebiet. Man schätzt, daß ca. 75% der deutschen Einwanderer Wolhyniens aus Polen (Kongreßpolen), Schlesien und West-/Ostpreußen stammten. Die Deutschen hatten einen Anteil von ca. 5% in der wolhynischen Bevölkerung.

So wie in der Hochzeit der Industrialisierung auch im übrigen Europa eine Landflucht einsetzte und viele Menschen in die Städte zogen oder ihr Glück in einer Auswanderung nach Übersee suchten, hörten viele von den verlockenden Möglichkeiten, die ihnen über Wolhynien berichtet wurden. Darüber hinaus war Wolhynien auch auf dem Landweg zu erreichen und man mußte also keine gefährliche Schiffspassage in Kauf nehmen. Die Anbindung Wolhyniens an die Westgrenze zu Galizien, das zum habsburgischen Reich gehörte, und an die Nordgrenze zu Polen versprach vielleicht eine gewisse Vertrautheit.

Andererseits hatte die russische Regierung um Zuwanderung von Landarbeitern und Holzfällern international geworben. Den Einwanderern wurden Religionsfreiheit, Freistellung vom Militärdienst, kulturelle Eigenständigkeit und wirtschaftliche Entwicklung auf eigenem Land versprochen. Das waren genau die Zusagen, die den Einwanderungswilligen in ihren Ursprungsgebieten fehlten.

Der Zuzug der Einwanderer vollzog sich dann in unterschiedlichen Perioden des 19. Jahrhunderts und erfolgte meist individuell mit einfachen Mitteln. Von einer organisierten Besiedelung kann nicht ausgegangen werden.

Ab dem späten 19. Jahrhundert veränderten sich dann die Lebensbedingungen in Wolhynien. Während einerseits sehr viele Deutsche eingewandert waren, sie sehr kinderreich waren und viele Kolonien gegründet hatten, recht erfolgreich wirtschafteten und kulturell eigenständig blieben, setzte andererseits eine zunehmend deutschfeindliche Stimmung im Lande ein. Es

¹GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63a „Russische Kriegsgefangene deutscher Abstammung im Kriege 1914 - 1916“, S. 121ff.

entstand ein allgemeiner Streit um die Gefährlichkeit oder Nützlichkeit der deutschen Kolonisten.²

Außerdem wurden seitens der russischen Regierung einige frühere Zusagen rückgängig gemacht. So wurden den Siedlern die russische Staatsbürgerschaft aufgezwungen und der Militärdienst obligatorisch, die russische Sprache wurde gefördert und die deutsche diskriminiert. Ab 1910 wurde es für deutsche Siedler immer schwieriger, Land zu erwerben. Ein Gesetz von 1912 zum Verbot des Landkaufs wurde bis 1915 ausgesetzt. Dann kam der Verbannungsbefehl vom 15. Juli 1915.³

Neben dem Wunsch der Kolonisten, nach Deutschland zurückzukehren, gab es aber auch Bemühungen von deutscher Seite, unter den Wolhyniern Saisonarbeiter oder rückkehrwillige Landarbeiter für die deutsche Landwirtschaft zu werben. Dafür gab es einerseits die „Arbeiter-Centrale“ und andererseits den „Fürsorgeverein deutscher Rückwanderer“. Tatsächlich waren die jeweiligen Abwerbungs Bemühungen so stark, daß sie sich gegenseitig Konkurrenz machten. Das führte dazu, daß die allgemeinen Verhältnisse im Gouvernement Wolhynien bereits 1912 vom Fürsorgeverein als ungünstig für die weitere Werbung beschrieben wurden, da Wolhynien als dünn besiedelte Provinz bezeichnet wurde, in der ein lebhafter Mangel an Landarbeitern bestand. Nach Klagen der wolhynischen Gutsbesitzer sahen sich die russischen Behörden deshalb auch veranlaßt, die Werbetätigkeit des Fürsorgevereins zu erschweren. Andererseits verstärkte der Verein seine Werbebemühungen, weil „durch die Auflösung zahlreicher deutscher Siedlungen, die sich nicht in geschlossenen Bezirken, sondern in zerstreuten Liegenschaften finden“, viele Familien eine neue Arbeitsstelle suchten.⁴ Das wurde wiederum von den russischen Behörden mit wachsender Nervosität und Unruhe beobachtet. Die Spannungen zwischen den Kolonisten und dem Fürsorgeverein einerseits und den russischen Behörden andererseits wuchsen deshalb weiter.

Dazu kamen Abwerbungs Bemühungen anderer Staaten und der Interessenkonflikt seitens der deutschen Politik bezüglich Aus- und Einwanderung:

Während einerseits die Einwanderung der wolhynischen Landarbeiter ins Deutsche Reich wirtschaftspolitisch sinnvoll und erwünscht war, bestand auf der anderen Seite der außenpolitische Wunsch, deutsche Auswanderer in Übersee anzusiedeln. Man darf nicht vergessen, daß in der Zeit vor dem 1. Weltkrieg die Kolonialisierung in vollem Gange war. Die Aufteilung der Welt bis 1914 wird auch das Zeitalter des Imperialismus bezeichnet. In diesem Zusammenhang sollte man auch die wirtschaftlichen Interessen der Schiffahrtsgesellschaften im Auge behalten. Denn jeder nach Übersee Auswanderungswillige stellte einen potentiellen Kunden für eine nicht gerade billige Schiffspassage dar.

Gerade diese stetig wachsende Auswanderung nach Übersee war der Grund für die Arbeiter-Centrale, russische Saisonarbeiter für die Arbeit in der deutschen Landwirtschaft zu werben. Schon seit Jahren gingen aus Wolhynien ganze Eisenbahnzüge mit Saisonarbeitern in verschiedene andere Gebiete, z.B. in die Krim, nach Bessarabien und ins Königreich Polen. Allerdings wies die Arbeiter-Centrale darauf hin, daß die deutsche Bevölkerung Wolhyniens sich dieser Wanderungsbewegung noch nie angeschlossen hatte.⁵ Dennoch wurde diese von zwei deutschen Stellen betriebene Werbung unter der Landbevölkerung Wolhyniens vom

²Arndt, Nikolaus: Die Deutschen in Wolhynien - Ein kulturhistorischer Überblick. Kraft Verlag, 1994, S.69

³a.a.O., S. 63

⁴Schreiben des Fürsorgevereins an die Arbeiter-Centrale vom 30.08.1912, GStAPK, I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64 „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer in Berlin, Bd. 1 1909 - 1924, S. 93.

⁵Schreiben der Arbeiter-Centrale an den Fürsorgeverein vom 13.01.1913, GStAPK, I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64 „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer in Berlin, Bd. 1 1909 - 1924, S. 98.

Fürsorgeverein als alarmierend empfunden, da sich russische Behörden verstärkt der Abwerbung widersetzen.⁶

Ab 1914 kamen dann noch kriegsbedingte Rückwanderungsgründe hinzu. Die erste große Auswanderungswelle gab es bereits vor dem ersten Weltkrieg, hauptsächlich zwischen 1905 und 1913.⁷

Der Fürsorgeverein

Der „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer“ hatte seinen Sitz in Berlin, Schöneberger Ufer 21, später in Berlin, Schellingstr. 11. In seiner Satzung vom 27.08.1909 heißt es:

§ 1: Hauptzweck ist die Vermittlung von Ansiedlungs- und Arbeitsverträgen mit aus dem Ausland in das Mutterland zurückzuwandernden Deutschen. Daneben sind sie wirtschaftlich zu fördern, die Beratung, Unterstützung und die erste Einrichtung zu übernehmen.⁸

Der Fürsorgeverein hatte Vertrauensmänner in Odessa und Südrußland. Diese Agenten warben unter den rückkehrwilligen Landarbeitern und vermittelten Arbeitsplätze in Deutschland, insbesondere nach Ostpreußen, Pommern, Brandenburg und Schlesien.

Der Verein gab bereits 1908 die „Bezugsbedingungen für deutsche Landarbeiterfamilien“ und die Schrift „Deutsche Rückwanderer aus Rußland - Leitfaden für ländliche Arbeitgeber - 1908“ heraus. Daneben erschien die Vereinszeitschrift „Heimkehr“.

„Die meisten Rückwanderer waren Landarbeiter, die meisten gingen nicht in die Städte, sondern aufs platte Land“, so der Minister des Innern in einem Schreiben vom 21.11.1911 an die Oberpräsidenten in Königsberg, Danzig, Posen, Breslau, Stettin, Potsdam und Schleswig. Dies war ein Erlaß, mit dem der Minister die Tätigkeit des Fürsorgevereins förderte. In dem Schreiben wies der Minister des Innern die Landräte an, vierteljährliche namentliche Zusammenstellungen über zu- und abgezogene Rückwanderer an den Fürsorgeverein mitzuteilen.⁹

Diese namentlichen Zusammenstellungen sind leider nicht im GStAPK überliefert. Es sind mehrere vierteljährliche Berichte vorhanden und es existieren Rückwandererlisten der ostelbischen Landratsämter als Meldung an den Fürsorgeverein zur Kontrolle des Rückflusses der Rückwanderer (gem. Erlaß des Ministers des Innern vom 21.11.1911).¹⁰ Die Mitteilungen erfolgten der Menge wegen ab 1918 nur noch halbjährlich.

Den Rückwanderern wurden die (russischen) Heimatpässe abgenommen. Im Gegenzug sollten sie deutsche Ausweise erhalten. Die Heimatpapiere sollten zentral aufbewahrt werden. Daneben bekamen sie eine kostenlose „Legitimationskarte für deutsche Rückwanderer“. Die Ausgabe erfolgte durch die „Feldarbeiterzentralstellen“, die Grenzkommissare und Vertrauensleute des Vereins (so im Memorandum vom 28.09.1911).

⁶Schreiben des Ministeriums für Landwirtschaft an den Min.d.Inn vom 05.07.1913, GStAPK, I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64 „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer in Berlin, Bd. 1 1909 - 1924, S. 92 und 99.

⁷Dave Obee, German colonies in Russian Volhynia and surrounding areas, 1997, und auch <http://www.wolhynien.de/history.htm>

⁸GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64 „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer in Berlin, Bd. 1 1909 - 1924.

⁹GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63 „Behandlung der Rückwanderer deutscher Abstammung“, Bd.1 1906 – 1921, S. 48

¹⁰ a.a.O., S. 65 - 68

Mit Abgabe der russischen Pässe galten sie dann offiziell als „staatenlos“. Zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft mußte dagegen erst ein ordentliches Einbürgerungsverfahren durchgeführt werden. Das Einbürgerungsverfahren war antragsgebunden. Wann ein Rückwanderer einen Einbürgerungsantrag gestellt hat und wie das Verfahren bearbeitet wurde, kann deshalb nur individuell beantwortet werden.

Sobald die Rückwanderer in Deutschland waren, erhielten sie offensichtlich auch von anderen Stellen Unterstützung. So verfaßte z.B. der „Evangelische Verein für Landmission in der Provinz Posen“ 1911 und 1913 verschiedene Denkschriften über die Lebensumstände der zurückgekehrten Wolhynier. Der Evangelische Verein betrieb z.B. die Anstalt „Haus Johannesheim“ in Langenolingen, Kreis Gnesen (Posen). Dort wurden unter anderem auch Bildungskurse für Rückwanderer angeboten, da die meisten Analphabeten waren.

Es gibt Hinweise dafür, daß sich der Verein auch bei der Auswanderung nach Übersee humanitär engagierte. So wurden von ihm z.B. die unerträglichen Vorgänge in Liverpool des Jahres 1913 diskutiert. Wegen einer ansteckenden Augenkrankheit (Trachom) bekamen viele keine Überfahrt und mußten in Quarantäne. Die damaligen Zustände wurden von dem Seemannspastor D. Zuchschwerdt in Liverpool beschrieben und dann auch von der deutschen Presse aufgegriffen und veröffentlicht.¹¹

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde am 18.08.1918 unter dem Titel „Die große Rückwanderung“ die Arbeit des Roten Kreuzes, des Fürsorgevereins und der Rückwanderungsstelle gewürdigt. Diesem Artikel können diverse Details der Rückwanderung und des nationalen Eifers, mit dem sie betrieben wurde, entnommen werden. Der Autor Siegfried Doerschlag gehörte dem Zentralkomitee des Deutschen Roten Kreuzes an:¹²

„Seit langer Zeit schon, als sich die Gesamtheit des deutschen Volkes noch nicht für die Rückwanderung interessierte, ist das Rote Kreuz im Verein mit anderen Vereinen tätig, um den vielen tausend Menschen, die von Rußland in die deutsche Heimat zurückströmen, über die schwierigsten Anfänge in den neuen Verhältnissen hinwegzubringen. Heute nun nimmt die Rückwanderung und das Flüchtlingswesen einen solchen Raum ein, daß es geboten erscheint, näher auf das deutsche Organisationswerk einzugehen.

Schon im Jahre 1914 fing das Flüchtlingswesen an. Einige, verhältnismäßig wenige, die aus dem feindlichen Rußland ins deutsche Vaterland zurückgekommen waren, nach glücklich durchgeführter Flucht, teils ausgetauscht und insbesondere aber Frauen und Kinder. Für diejenigen, die begüterte Verwandte in der deutschen Heimat hatten, gar im Deutschen Reich ansässig gewesen waren, für die war es nicht schwer, über die erste Zeit in neue, kriegsbedingte Verhältnisse hinwegzukommen. Ein erheblicher Prozentsatz der Zurückkehrenden hatte Deutschland bereits seit langen Jahren verlassen, womöglich als Kind eines Auswanderers bereits im Ausland geboren und war selbst nie in Deutschland gewesen. So kam er also aus Feindesland nach Deutschland. Und die zahlreichen Zielloosen, die Ärmsten ohne tatsächliche Hilfe, die hieß es schleunigst aufzugreifen, ihnen Unterkunft und Fortkommen zu verschaffen.

Rückwanderung, das heißt vor dem deutsch-russischen Friedensvertrag durchweg über Schweden. Danach erreichten die Flüchtlinge deutschen Boden. Hier erhielten sie

¹¹GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63 „Behandlung der Rückwanderer deutscher Abstammung“, Bd.1 1906 – 1921, S. 101

¹²GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63a „Russische Kriegsgefangene deutscher Abstammung im Kriege 1914 - 1916“, S. 83

ersten deutschen Rat, die erste deutsche Hilfe. Hier hat das Rote Kreuz Helfer, die aufs Beste bemüht sind, den Rückwanderern ihr Schicksal zu erleichtern und ihnen in der deutschen Heimat einen möglichst angenehmen Empfang zu bereiten. Immerhin nimmt vorläufig die Rückwanderung aus Rußland den breitesten Raum ein. Täglich bringen sie Hunderte von deutschen Reichsangehörige über die Grenze, täglich kommen auf dem Ostbahnhof in Berlin Transporte an. Und für die vielen Tausende Zielstellen zu finden und sie, gemäß ihrer Abstammung oder der ihrer Eltern, in die einzelnen Provinzen oder Orten zu überführen – das ist ein wahrhaft großes Organisationswerk.

Die Abteilung XI des Zentralkomitees vom Roten Kreuz ist es, die sich das Verdienst um die Rückwandererfürsorge erwirbt. Bereits an den Durchlaßstellen an den Demarkationslinien sind Kommissardelegierte zur Stelle, um die die Grenze Passierenden die ersten Ratschläge und Hilfe zu geben. In den einzelnen Quarantänelagern sind dann gleichfalls Delegierte, deren Aufgabe die Zielbestimmung Zielloser ist, denen es obliegt, mit den provinziellen und bundesstaatlichen Behörden in Verbindung zu treten, um die Leute so schnell wie möglich einem Beruf zuzuführen, die die Verteilung von Liebesgaben und kleinen Unterstützungen unter sich haben und anderes mehr.

Groß ist auch die Zahl Deutschstämmiger, zumeist deutscher Kolonisten, die aus Rußlands ungastlichem Innern entflohen, Aufnahme in Deutschland suchen und finden. Hier ist es namentlich der FÜRSORGEVEREIN FÜR DEUTSCHE RÜCKWANDERER, der das großzügige Hilfswerk der Unterstützung und Ansiedlung in die Hand genommen hat. Auch diesseits sind Vertreter im Ober-Ostgebiet, die eine Fülle von Arbeit zu erledigen haben. Ostpreußen und die in den deutschen Ostprovinzen beheimateten Rückwanderer werden bereits von Insterburg und Thorn und Posen aus ihren Heimatorten zugeführt. Alle diejenigen, die nach Süddeutschland, nach dem Westen oder Nordwesten wollen, gelangen mit den Berlinern zusammen in Sonderzügen nach Berlin. Vom Schlesischen oder Ostbahnhof aus erfolgt die Überführung nach den anderen Bahnhöfen. Vertreter des Roten Kreuzes sind bei der Ankunft zugegen und unterstützen die Ankömmlinge mit Rat und Tat.

Die in Berlin Heimatsberechtigten können, wenn sie nicht über andere Unterkunftsmöglichkeiten verfügen, zunächst in der Unterkunft für Flüchtlinge im Justizpalast Moabit Aufnahme finden. Auch in einem vom Magistrat der Stadt Berlin zur Verfügung gestellten Heim in der Fröbelstraße stehen ständig freie Betten für Flüchtlinge zur Verfügung. Hier wie da ist das Rote Kreuz bemüht, das Los der Ankömmlinge in jeder Weise zu erleichtern. Ebenso wie in allen anderen Großstädten, besteht auch in Berlin ein Arbeitsnachweis für Rückwanderer, der der Abteilung XI des Roten Kreuzes (Bellevuestraße 8) angegliedert ist. Täglich werden hier zahlreiche Stellen vermittelt und auf diese Weise Arbeitnehmern und Arbeitgebern ein guter Dienst geleistet.

Die Fähigkeiten der ausnahmslos mit den wärmsten vaterländischen Gefühlen zurückkehrenden Auslandsdeutschen sind sehr verschieden. Zum Teil sind es Kolonisten, die ihrer mit deutschem Fleiß bebauten Scholle soviel abgerungen haben, daß ihnen noch ein kleines Vermögen blieb, zum Teil sind es Deutsche aus den Großstädten, vorwiegend werkmännischer und technischer Berufe, zum Teil sind es auch Leute, die mitten im geistigen Leben des Auslands stehend, durch den Krieg jäh aus diesem herausgerissen wurden. Als hervorragende Kenner des Auslandes können

sie uns nur erwünscht sein und den handels- und wirtschaftspolitischen Wechselbeziehungen Deutschlands nach dem Kriege Nutzen bringen.

In inniger Verbindung mit den Frauenvereinen ist hier eine Organisation geschaffen worden, die vom Staate subventioniert, allgemeine Aufmerksamkeit verdient. In allen Teilen des Reiches befinden sich nunmehr Rückwanderer. Viele von ihnen werden nach dem üblichen Zweimonatsurlaub dem Heere einverleibt. Andere wieder werden durch den Arbeitsnachweis industriellen und landwirtschaftlichen Betrieben zugeführt. Somit bedeutet eine gut durchgeführte Rückwanderer-Organisation, deren gesamte einheitliche Regelung seit dem 1. Juni einer besonderen Reichsbehörde, der unter der Leitung des Geheimrats Dr. Jung stehenden REICHSSTELLE FÜR DEUTSCHE RÜCKWANDERUNG UND AUSWANDERUNG, übertragen ist, auch in nationaler Hinsicht einen Erfolg, der nicht zu unterschätzen ist.“

1. Weltkrieg

Während es vor dem 1. Weltkrieg bereits eine erste große Auswanderungswelle gab (siehe oben), ging die Rückwanderung ab 1914 aus kriegsbedingten Gründen unvermindert weiter. „Mit Beginn des 1. Weltkrieges im August 1914 verließen die Personen mit reichsdeutscher oder österreichisch-ungarischer Staatsangehörigkeit Rußland.“¹³

Als die Kriegsfront im Frühjahr 1915 immer näher rückte, erließ der russische Oberkommandierende den Verbannungsbefehl, wonach die Wolhyniendeutschen aus dem Frontgebiet zu entfernen waren.

Im Vorgriff auf diese Entwicklung waren bereits einige Kolonisten in die Wälder und die Pripjet-Sümpfe geflüchtet. Von dort sind sie dann meist von deutschen Soldaten gefunden worden und ins Reichsgebiet zurückgekehrt. Der Fürsorgeverein hat im Jahr 1916 rund 30.000 Flüchtlinge aufgenommen und nach Deutschland gebracht.¹⁴ Sämtliche Kolonisten haben über den Fürsorgeverein als Landarbeiter in den östlichen Provinzen Preußens Unterkunft und Beschäftigung gefunden. In der Folgezeit bis zum Frühjahr 1918 beschränkte sich die Rückwanderung auf Nachführung von Familienangehörigen.¹⁵

Die meisten Kolonisten aus dem dichtbesiedelten westwolhynischen Gebiet sind aber ins Innere Rußlands, Sibiriens und an den Ural geschickt worden. Während der Transporte und der Zeit der Verbannung sind sehr viele Wolhynier an Kälte, Hunger und Krankheiten gestorben. Erst in den Revolutionswirren 1917 konnte eine Rückkehr nach Wolhynien erfolgen. Zum Teil waren die Orte durch Kriegshandlungen zerstört oder durch ukrainische und polnische Bewohner in Besitz genommen, die zu einer freiwilligen Räumung häufig nicht bereit waren. Die Versorgung mit Lebensmitteln war mangelhaft und die Haltung der jetzt ansässigen Bevölkerung den Zurückgekehrten gegenüber äußerst feindselig. Nach Ansicht der Reichsrückwanderungsstelle beherrschte unter diesen Umständen viele wolhynische Kolonisten der Gedanke an eine Rückwanderung nach Deutschland, um jeden Preis und zu jeder Bedingung.¹⁶

Der Schwerpunkt der Rückwanderung lag denn auch direkt nach dem Krieg (im Frühjahr 1918 nach dem Friedensverträgen mit der Ukraine und Großrußland), als viele Verbannte entweder gar nicht mehr nach Wolhynien zurückgingen oder bei ihrem Eintreffen in ihren

¹³Arndt, Nikolaus, a.a.O., S.69

¹⁴GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63a „Russische Kriegsgefangene deutscher Abstammung im Kriege 1914 - 1916“, S. 157

¹⁵GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64a „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung, Bd. 1 1918 – 1924, S. 36

¹⁶a.a.O., S. 38

Heimatorten nicht mehr den Mut und die Kraft für den Wiederaufbau hatten.¹⁷ Der Fürsorgeverein ging in einem Schreiben vom 26. April 1918 an den Minister des Inneren sogar von der Möglichkeit aus, „etwa 200.000 deutsche Wolhynier dem deutschen Volkskörper wieder zuzuführen“.¹⁸

Nach Angaben der Rückwanderungsstelle waren bis zum 1. August 1918 rund 2/3 von den 160.000 Deutschstämmigen, das heißt rund 3 % der gesamten Bevölkerung, nach Wolhynien zurückgekehrt. Der Rest war zu diesem Zeitpunkt noch von den örtlichen Sowjet-Regierungen in den Verbannungsgebieten zurückgehalten, hauptsächlich im Gouvernement Orenburg, den beiden Wolga-Gouvernements und in Sibirien.¹⁹

Im Tätigkeitsbericht der Rückwanderungsstelle vom 1. November 1918 wurde darauf hingewiesen, daß im letzten Vierteljahr die restlichen Kolonisten aus der Verbannung zurückgekehrt waren. Die Pachtverträge waren zum großen Teil abgelaufen. Die meist polnischen Großgrundbesitzer lehnten eine Erneuerung der Pachtverträge mit den Kolonisten ab. Die Banken verlangten die Rückzahlung der rückständigen Hypothekenzinsen, die während der mehrjährigen Verschleppung der Kolonisten zu großer Höhe angewachsen waren, und kündigten den Säumigen die Zwangsversteigerung ihrer Besitzungen an.²⁰

Die Schiedsgerichte, die zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den heimgekehrten Kolonisten und den neuen Besitzern der Wirtschaften eingesetzt waren, arbeiteten mit einigem Erfolg, so daß ein großer Teil der Kolonisten in ihre früheren Rechte eingesetzt werden konnten. Auch der Westwolhynische Kolonistenverband mit Sitz in Nowograd-Wolhynsk, an dessen Spitze ein Vertrauensmann der Rückwanderungsstelle stand, setzte sich eifrig für die Nöte der Kolonisten ein. Trotzdem hatte die Rückwanderungsstelle keinen Zweifel daran, daß die Kolonisten auf Dauer nicht in Wolhynien zu halten waren. Bereits Mitte Oktober 1918, nachdem die Ernte vorüber war, wollten noch mehr Kolonisten nach Deutschland. Die Wintervorräte hätten nur bis Ende Januar gereicht, so daß vornehmlich die ärmeren, landlosen Kolonisten von der Not betroffen waren. Die vermögenderen Kolonisten andererseits wurden durch den bevorstehenden Abzug der deutschen Truppen verunsichert, so daß auch sie die Rückwanderung wünschten.²¹

Es sind mehrere „Nachweisungen der durch den Fürsorgeverein aus der Ukraina dem Inland zugeführte deutsche Rückwanderer“ überliefert.²² Diese Nachweisungen wurden dem Verein mit Erlaß vom 6.7.1916 - M 11438 des Ministeriums des Innern zur Pflicht auferlegt. Dabei handelte es sich um tabellarische Aufstellungen darüber, woher wie viele Personen wohin gebracht wurden. Namenslisten sind leider nicht vorhanden.

Eine solche Liste sieht z.B. so aus:

Abfahrt	am	aus	Ziel	Personen	Kühe	Schweine
Ossowiec	09.5.1918	Wolhynien	Neumünster	413	11	3
	10.5.1918	Wolhynien	Königsberg	129		
	14.5.1918	Wolhynien	Königsberg	126		
Kowel	14.5.1918	Lutzk / Wolhynien	Scharbow	1		
Ostrolenka	16.5.1918	Lutzk/ Wolhynien	Königsberg	8	Quarantäne vom 30.4.-16.5.1918 in Ostrolenka	
Mitau	25.5.1918	Nowograd-W.	Königsberg	13		

¹⁷<http://www.wolhynien.de/history.htm>

¹⁸GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Inneren Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63a „Russische Kriegsgefangene deutscher Abstammung im Kriege 1914 - 1916“, S. 156

¹⁹GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Inneren Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64a „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung, Bd. 1 1918 – 1924, S. 38

²⁰a.a.O., S. 54

²¹ebenda

²²a.a.O.

In einigen Listen waren zudem die Kreise der Herkunftsorte, z.B. Dubno, Rowno, Lutzk, Shitomir, sowie der Grenzübergang des Rückwanderertransportes nach Deutschland und die Anzahl der Personen nach Geschlecht und Kinder unter 14 Jahren aufgeschlüsselt. Die Namen der Rückwanderer wurden nicht aufgezeichnet. Es handelt sich also nur um statistische Listen.

Neben der organisatorischen Frage, wieviele Personen wo angesiedelt werden sollten, beschäftigte sich die deutsche Politik auch mit den Fragen der Einbringung von kriegsgefangenen Russen deutscher Abstammung und deren Einsatz im deutschen Wehrdienst. Es ist z.B. ein geheimer Erlaß des Kriegsministeriums betreffend deutscher Rückwanderer aus dem Kaukasus vorhanden.²³

Ein großes Problem während des Krieges war nämlich die Angst vor Spionage. So galten die deutschen Rückwanderer ebenso wie die fremdstämmigen Wanderarbeiter als „ausländische Arbeiter“. Das heißt, daß sie dem dauernden Meldezwang, dem Ortswechselverbot, der Postbeschränkung usw. unterlagen. Obwohl diese Wolhynier nach Deutschland gekommen waren und also nicht nach Kanada ausgewandert waren, wurden sie als feindliche Ausländer behandelt und fühlten sich damit entgegen den bei der Anwerbung gegebenen Versprechungen getäuscht. Der Fürsorgeverein verteidigte die Wolhynier und beschrieb sie als „zum größten Teil nicht mittellose oder entwurzelte Abenteurer, sondern als Volksgenossen, die sich aus freiem Willen dem deutschen Volk wieder anschließen wollen, wodurch sie zum großen Teil als wertvolle Siedler in Frage kommen“.²⁴ Das vordergründige Interesse des Fürsorgevereins lag also in der Abschaffung der als Diskriminierung empfundenen Gleichstellung mit ausländischen Arbeitern. Nach Beendigung des Krieges wurde zudem die Spionagegefahr als nicht mehr gegeben dargestellt, da die Rückwanderer grundsätzlich nicht „von bolschewistischen Ideen erfüllt seien“.²⁵

Die Rückwandererstelle

Mit Schreiben vom 9.4.1918 berichtete das Kriegsministerium dem Reichskanzler über die Situation der Kolonisten in Wolhynien.²⁶ Die Darstellung und wohl auch der weitere politische Druck war derart stark, daß die Einrichtung einer Rückwanderungsstelle begründet wurde.

Am 29. Mai 1918 wurde die „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung“ (Rückwanderungsstelle) beim Reichsamt des Innern per Gesetz gegründet. Ihre Tätigkeit nahm sie am 1. Juni 1918 auf. Sie hatte ihren Sitz in Berlin-Charlottenburg, Werner-Siemens-Str. 27/28.²⁷

Die Rückwandererstelle hatte mehrere Büros in Wolhynien und stellte sogenannte „Rückwandererausweise“ aus (vgl. Anlage).²⁸ Diese waren, entsprechend dem Friedensabkommen von Brest-Litowsk, sowohl in Deutsch als auch in Russisch verfaßt. Wer diesen Ausweis nicht besaß, dem wurde die Einreise nach Deutschland nicht erlaubt. Die Reise nach Deutschland erfolgte meist mit der Eisenbahn zusammen mit den nach Deutschland zurückkehrenden Soldaten. Es muß davon ausgegangen werden, daß Voraussetzung für die

²³a.a.O.

²⁴a.a.O., S. 158

²⁵a.a.O., S. 159

²⁶GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64a „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung, Bd. 1 1918 - 1924.

Darin auch sind Rundschreiben, Satzung und Aufgabenbestimmung dieser Behörde enthalten.

²⁷a.a.O., S. 31

²⁸vgl. das beispielhafte Bild am Ende des Aufsatzes

Rückwanderung das Vorhandensein eines Arbeitsplatzes in Deutschland war. Wahrscheinlich arbeiteten also der Fürsorgeverein und die Rückwandererstelle zusammen.

Die Eisenbahntransporte gingen entweder direkt an einen bestimmten Zielort oder an sogenannte Übernahmestellen, für Rückwanderer ohne bestimmten Zielort. Dorthin wurden die den Rückwanderern abgenommenen Ausweispapiere und der Fragebogen, mit dem die Unverdächtigkeit und Zuverlässigkeit der Rückwanderer in Wolhynien geprüft wurde, zugeschickt. Mit der Ankunft der Rückwanderer in Deutschland ging dann die Verantwortung für die Frage der Spionageabwehr an diese Übernahmestellen oder die örtlichen Polizeidienststellen über.²⁹

Ob diese Fragebögen dort oder beim Roten Kreuz, welches die Befugnis hatte, Abschriften der Fragebögen zu nehmen, noch archiviert sind, ist eine interessante Frage und ist noch zu klären.

Folgende Übernahmestellen wurden für die Bundesstaaten bestimmt:³⁰

1. Preußen – a) Berlin, b) Dortmund, c) Frankfurt/Main
2. Bayern – Bamberg
3. Sachsen – Dresden
4. Württemberg – Stuttgart
5. Baden – Mannheim
6. Hessen – Gießen
7. Mecklenburg-Schwerin – Rostock
8. Sachsen (Großherzogtum) – Weimar
9. Mecklenburg-Strelitz – Neu-Brandenburg
10. a) Oldenburg – Oldenburg
b) Fürstentum Birkenfeld – Birkenfeld
c) Eutin – Eutin
11. Braunschweig – Braunschweig
12. Sachsen-Meiningen – Saalfeld
13. Sachsen-Altenburg – Altenburg
14. Sachsen-Koburg und Gotha – Gotha
15. Anhalt – Cöthen
16. Schwarzburg-Rudolstadt – Rudolstadt
17. Schwarzburg-Sondershausen – Sondershausen
18. Waldeck – Arolsen
19. Reuß ältere Linie – Greiz
20. Reuß jüngere Linie – Gera
21. Schaumburg-Lippe – Bückelburg
22. Lippe – Detmold
23. Lübeck – Lübeck
24. Bremen – Bremen
25. Hamburg – Hamburg
26. Elsaß-Lothringen – Hagenau i. Elsaß

Die Rückwanderung vollzog sich mit Eisenbahntransporten hauptsächlich über Kowel und Pinsk, gelegentlich auch über Orscha, Dünaburg und Pleskau.

²⁹GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63a „Russische Kriegsgefangene deutscher Abstammung im Kriege 1914 - 1916“, S. 125

³⁰a.a.O., S. 128

Vom 30. Mai bis 21. Juni 1918 waren der Staatssekretär des Innern, General von Lindequist, der Pfarrer Winkler und ein Beamter der „Vereinigung für Siedlung und Wanderung“, Herr E. Schmidt, auf einer Reise durch das Schwarzmeergebiet. In den Berichten der Rückwanderungsstelle über die Reisen nach Kiew, Odessa und Bessarabien wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß bei den deutschstämmigen Kolonisten im Süden Rußlands falsche Vorstellungen über die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit geweckt wurden.

Zuvor hatte nämlich im Juni 1918 sowohl die ukrainische Volksrepublik als auch Rumänien angeordnet, daß sich jeder Kolonist kurzfristig entscheiden solle, ob er die jeweilige Staatsangehörigkeit annehmen oder Ausländer werden wolle. Die Deutschstämmigen der Ukraine und Bessarabiens fühlten sich dadurch in eine ernste Lage versetzt. Nach Auffassung der Rückwanderungsstelle waren 90% der Kolonisten der festen Überzeugung, daß ihr Verbleib in den Kolonien nach Abzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nur dann gesichert wäre, wenn sie die deutsche Reichsangehörigkeit verliehen und damit dauernden diplomatischen und militärischen Schutz aus Deutschland erhalten würden. Sie wollten deshalb die ukrainische und rumänische Staatsangehörigkeit ablehnen, zumal sie sich aufgrund ihrer durchweg großen Religiosität an diese gebunden fühlen würden und sich damit die Rückwanderung nach Deutschland erschweren würde.³¹

Das Erscheinen eines Staatssekretärs als Vertreter des Kaisers wurde deshalb von den Kolonisten dahingehend interpretiert, daß er gekommen sei, um das Versprechen der Kolonisten entgegen zu nehmen, künftig deutsche Reichsbürger werden zu wollen und nicht dem ukrainischem oder rumänischen Staatsverband einzutreten. Nach diesem Versprechen drängten diese Kolonisten im Gegenzug nun auf die Erfüllung der Zusage von seiten der deutschen Regierung auf Einbürgerung. Die Rückwanderungsstelle setzte sich dann auch im Juli bei dem Staatssekretär des Innern dafür ein, die Frage der Einbürgerung der Deutschstämmigen zu klären. Denn seit Mai 1918 sollen in verschiedenen deutschen Siedlungsgebieten neue innere Unruhen entstanden sein. Danach sollen die deutschen Kolonisten auch in den von deutschen oder österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten wegen ihrer guten Vermögenslage gefährdet gewesen sein. Mord, Plünderung, Brandschäden, Zwangsbeitreibung von Vieh und Korn waren eine allgemeine Erscheinung. Neben den „roten Horden der Bolschewikis“ waren in den letzten Wochen auch noch „Tschecho-Slowaken“, hauptsächlich in Saratow und Omsk, also in den Zentren der deutschen Siedlungsgebiete, hinzugetreten.³²

Mißverständlich war aber auch das Verhalten der deutschen Militärbehörden den Kolonisten gegenüber. Nach der Loslösung Bessarabiens von Rußland waren die Kolonisten zunächst, weder zur Ukraine noch offiziell zu Rumänien gehörend, weitgehend sich selbst überlassen. Infolge der mangelhaften Eisenbahn- und Postverbindungen blieben die Bessarabier ohne deutsche Zeitungen und Schriften und waren damit den Aufregungen der verworrenen Zeit schutzlos preisgegeben. Obwohl die Gouvernements Cherson und Jekaterinoslaw unter österreichischer Verwaltung stand, war der Schutz der Kolonien doch dem deutschen Schutzbataillon in Odessa übertragen. In einigen Dörfern hatte man z.B. die jungen Männer einexerziert, damit sie sich im Falle eines räuberischen Überfalls gegebenenfalls selbst zur Wehr setzen könnten. Daraus schlossen die Kolonisten aber sofort, daß deshalb schon die militärische Ausbildung nach reichsdeutschem Muster begann. Dieser Eindruck wurde noch dadurch bestärkt, daß General Vogel, der Oberkommandierende in Odessa, zudem Rekrutenlisten aus den Dörfern forderte.³³

³¹ a.a.O., S. 92

³² ebenda

³³ a.a.O., S. 96

Die deutschstämmigen Kolonisten waren nach den deutschen Siegen im Osten stolz auf den „großen Bruder“ und erwarteten entsprechenden Schutz für ihre Kolonien. Außerdem hatten sie sich während der deutschen Besetzung durch ihre unverhohlene Freude, mit der sie die deutschen Truppen begrüßten, ihre freiwilligen Dolmetscherdienste und die finanzielle Unterstützung des Krieges durch Zeichnung von deutschen Kriegsanleihen bei der restlichen Bevölkerung unmöglich gemacht. Der Wunsch nach Auswanderung nahm daher immer mehr zu. „Kaiser Wilhelm kann Alles“ war ihr unerschütterliches Glaubensbekenntnis und mißtrauisch, wie schwäbische Bauern sind, hielten sie die Reserviertheit der deutschen Behörden für bösen Willen. Manche wollten auch schon an der Treue des Mutterlandes zweifeln. Kanadische Agenten machten sich denn auch an die Arbeit und betrieben Propaganda für die Auswanderung nach Kanada. Die Rückwanderungsstelle zweifelte denn auch, wie lange der deutsche Patriotismus die Kolonisten noch gegen die Schliche der Kanadier wappnen würde. Für Deutschland würde die Auswanderung der bessarabischen Kolonisten nach Kanada einen großen Verlust darstellen, da es sich um besonders kapitalkräftige Bauern handelte, die durch die Nähe zur rumänischen Front zu Kriegsgewinnlern geworden waren, so daß viertel und halbe Millionäre unter ihnen keine Seltenheit waren.³⁴

Zur Sicherung gegen weitere Vermögensbeschädigungen durch die Bolschewiki erbat der Moskauer Kolonistenausschuß, der Bevollmächtigte des Saratower Zentral-Komitees der deutschen Kolonisten an der Wolga und auch die Kolonisten in Sibirien sogenannte „Schutzscheine“. Die Rückwanderungsstelle erarbeitete deshalb im Juli 1918 den „Rückwanderer-Schutzschein“, der sich an die im Friedensvertrag von Brest-Litowsk vereinbarte Zusicherung der Veräußerung oder Mitnahme des Vermögens der Rückwanderer orientierte. Daneben wurden Ausführungsbestimmungen über die Ausstellung erarbeitet.³⁵

Demnach durften die Schutzscheine nur gut beleumundeten Personen ausgestellt werden, wenn feststand, daß sie bzw. ihre Voreltern aus dem Gebiet des Deutschen Reiches stammen und daß sie den ernstlichen Willen hatten, nach Deutschland zurückzuwandern. Die Schutzscheine wurden für den Antragsteller und seine Familie ausgestellt und hatten eine Gültigkeit bis 31.12.1919 und konnten jeweils um 1 Jahr verlängert werden. Die Ausstellung wurde in einer Liste mit fortlaufender Nummer eingetragen. Diese Liste war der Rückwanderungsstelle monatlich zuzusenden. Für die Ausstellung des Schutzscheins wurde, außer bei Mittellosigkeit des Antragstellers, eine Gebühr von 5 Mark erhoben.³⁶ Diese Listen scheinen aber im GStAPK nicht mehr zu existieren.

Es kann vermutet werden, daß das Verfahren für die „Rückwanderer-Ausweise“, die die zurückkehrenden Wolhynier erhalten haben, und das Verfahren für die hier beschriebenen „Rückwanderer-Schutzscheine“ ähnlich, wenn nicht sogar identisch war.

Die organisatorische Tätigkeit der Rückwanderungsstelle war von Anfang an darauf gerichtet, ohne beamtete Kräfte eingesessene und erfahrene Kolonisten für den Dienst der Rückwanderung heranzuziehen. In dem Bestreben, die Kolonisten zur Selbsthilfe anzuhalten, hat die Rückwanderungsstelle auch den Zusammenschluß der Kolonisten, wie er in Wolhynien durch die Bildung des ukrainischen Kolonistenverbandes erfolgte, tatkräftig gefördert und ferner auch die Gründung von Genossenschaften angeregt, die sich die wirtschaftliche und kulturelle Förderung der Kolonisten zur Aufgabe gesetzt hatten.³⁷

Entsprechend dem Tätigkeitsbericht der Rückwanderungsstelle an den Staatssekretär des Innern vom 1. August 1918 wurden bis zu diesem Zeitpunkt so gut wie ausschließlich

³⁴ a.a.O., S. 97

³⁵ a.a.O., S. 98

³⁶ a.a.O., S. 102

³⁷ GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64a „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung, Bd. 1 1918 – 1924, S. 72

Kolonisten aus Wolhynien nach Deutschland gebracht. In den übrigen Siedlungsgebieten hatte bis dahin die Rückwanderungsbewegung noch nicht eingesetzt, da hierfür auch noch keine Werbetätigkeit aufgenommen wurde. Vielmehr hat die Rückwanderungsstelle durch ihre Außenstellen und die örtlichen Beauftragten und Vertrauensleute die Kolonisten mit Rücksicht auf die ungeklärten Siedlungsverhältnisse in Deutschland von der Rückwanderung abgehalten.³⁸ Die Maßnahmen der Rückwanderungsstelle konzentrierten sich in dieser Zeit auf die geregelte Versorgung mit Lebensmitteln, um die Gefahr einer Hungersnot abzuwenden, auf die Durchsetzung der Rechte der Kolonisten, um sie in ihre Gehöfte wiedereinzusetzen und auf die Rückwanderung der zahlreichen Pächter, deren Pachtverhältnisse abgelaufen waren, und die Besitzlosen, denen sich keine Arbeitsgelegenheit bot.³⁹ Die Rückwanderungsstelle schätzte die Zahl der noch im Sommer und Herbst 1918 nach Deutschland zurückwandernden Wolhynier auf 25.000 - 30.000 Personen.

Im Schwarzmeergebiet bildeten die deutschen Kolonien einen geschlossenen Besitz. Die Rückwanderungsstelle schätzte die Zahl der Deutschstämmigen auf 520.000, die 20% des Bodens (4.200.000 ha) besaßen und die 4,5% der Bevölkerung in der Süd-Ukraine ausmachten. Aufgrund der russischen Liquidationsgesetze durfte nach der Revolution der Grundbesitz nur noch höchstens 25 ha betragen. Viele Kolonisten hatten erhebliche Minderungen ihres Besitzes zu erwarten. Die Rückwanderungsstelle wollte durch vertrauensbildende Maßnahmen, wie Aufklärung und Ratschläge, und Zusammenlegung von Kolonisten aus anderen Gebieten den Wunsch nach einem deutschen Schutzgebiet für das Schwarzmeergebiet unterstützen.⁴⁰

In Bessarabien und im Freistaat Odessa lagen dieselben Verhältnisse und Wünsche der Kolonisten vor, doch hatte die Rückwanderungsstelle bis zum 1. August 1918 in diesen Gebieten ihre Tätigkeit noch nicht aufgenommen. Der Landbesitz wurde auf 660.000 bzw. 1.100.000 ha und die Einwohnerzahl auf 66.000 bzw. 160.000 geschätzt. Beide Gebiete gehörten zu den zusammenhängendsten und reichsten deutschen Siedlungsgebieten.⁴¹

Während die Rückwanderungsstelle also die Möglichkeit einer mehr oder weniger geschlossenen Erhaltung des Schwarzmeergebietes und Bessarabiens sah, ging sie andererseits von der völligen Ausräumung Wolhyniens (und auch der Wolgaregion und Sibiriens) aus.⁴² Deshalb sah sie in der Rückwanderungsfrage in erster Linie eine Siedlungsfrage. Die Schaffung von Siedlungsmöglichkeiten durch Innenkolonisation in Deutschland war daher die vorrangige Aufgabe, die die deutsche Politik in ihren Augen zu lösen hatte.⁴³

Im Tätigkeitsbericht vom 1. November 1918 stellte die Rückwanderungsstelle aber klar, daß sich die südukrainischen Kolonisten in der Frage der Rückwanderung noch nicht einig waren. So wurden im Zentralkomitee des Schwarzmeerbundes unter der Leitung des Vorsitzenden, Pastor Winkler, 3 Auffassungen diskutiert: 1. allgemeine Abwanderung, 2. Bildung eines Kolonistenstaates am Schwarzen Meer unter deutschem Schutz, 3. Sicherung der Rechte der Kolonisten auf freie kulturelle Entwicklung durch Eintritt von Kolonisten-Vertretern in die ukrainische Regierung. Die Rückwanderungsstelle selbst lehnte unter Hinweis auf die ungeklärte politische Weltlage jede Einmischung in die Angelegenheiten des Schwarzmeerbundes ab.⁴⁴

³⁸ a.a.O., S. 37

³⁹ a.a.O., S. 38

⁴⁰ a.a.O., S. 40

⁴¹ ebenda

⁴² a.a.O., S. 43

⁴³ ebenda

⁴⁴ a.a.O., S. 55

Die Lage der Kolonisten in Bessarabien hatte sich zum 1. November 1918 dadurch verschlechtert, daß absehbar Bessarabien an Rumänien fallen würde. Zum einen fiel damit die Möglichkeit eines gemeinsamen selbständigen deutschen Schutzstaates mit den benachbarten Deutschstämmigen in der Süd-Ukraine weg und zum anderen erwarteten sie von den Rumänen noch härtere Unterdrückungsmaßnahmen als von den Russen.⁴⁵

Neben diesen Lagebeurteilungen befinden sich in diesem Bericht auch Einschätzungen zur Lage im Dungebiet, Kaukasusgebiet, Dobrudscha, Wolgagebiet, Nordrußland, Sibirien und Polen.⁴⁶

Abschließend wurde festgestellt, daß die Räumung des besetzten Ostgebietes den Abtransport der Rückwanderer aus Rußland erschwerte und daß die Aufhebung der Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest zur Beseitigung der Vorrechte für die deutschstämmigen Rückwanderer führte. Viele Rückwanderungswillige, die ihre Hoffnungen auf die Rückwanderung setzten, wurden enttäuscht. Die Rückwanderungsstelle mußte nun Maßnahmen zum Verbleib der Kolonisten in den Siedlungsgebieten treffen, um damit die Rückwanderung einzudämmen.⁴⁷ Andererseits hatte sie die schwierige Aufgabe, das Vertrauen der Kolonisten zu erhalten, um sie von einer Auswanderung nach Amerika, Kanada oder Brasilien abzuhalten, damit sie später als Rückwanderer nach Deutschland noch zur Verfügung stehen würden.⁴⁸

Die Rückwanderungsstelle sprach sich auch dafür aus, für die Rückwanderer ein beschleunigtes Einbürgerungsverfahren zu schaffen und deren Anträge als Eilsachen zu behandeln.⁴⁹

Für die in den Kolonien verbliebenen Deutschstämmigen forderte die Rückwanderungsstelle nicht nur die Einbürgerung einzelner Personen, sondern regte auch die Einbürgerung ganzer Gemeinden zur Erhaltung ihres deutschen Charakters an, ähnlich wie bei den deutschen Gemeinden in Palästina.⁵⁰ Auch hierfür wurde, im Falle einer Verschleppung des Verfahrens, wieder die Gefahr der Auswanderung nach Kanada angeführt, da in den Kolonien überall eine rege Werbetätigkeit von englischen und amerikanischen Agenten betrieben wurde.⁵¹ Die beschleunigte Einbürgerung wurde deshalb als direktes Reichsinteresse dargestellt.

In den „Richtlinien für die Regelung der Rückwanderung aus Rußland“ wurden die Vorteile der Rückwanderung für den Deutschen Staat nochmals eingehend dargestellt:

„Diese Rückwanderer deutscher Herkunft bilden für Deutschland eine wertvolle Stärkung seiner Volkskraft; denn sie tragen dazu bei, die Wehr- und Wirtschaftskraft des deutschen Volkes zu heben und die vom Kriege gerissenen Lücken in der Bevölkerung zu ersetzen. Deshalb liegt es im dringenden Interesse des deutschen Reiches, die Bewegung zu fördern und in geregelte Bahnen zu lenken.“⁵²

Daß die wolhynischen Rückwanderer volkswirtschaftlich, und während des Krieges auch militärisch, gebraucht wurden, führte zwar dazu, daß deren Einwanderung politisch gefördert wurde, aber es änderte sich nichts daran, daß sie von der einheimischen Bevölkerung zum Teil ausgegrenzt wurden. Die Wolhynier wurden weiterhin umgangssprachlich als „Russen“ bezeichnet.

⁴⁵ a.a.O., S. 56

⁴⁶ ebenda

⁴⁷ a.a.O., S. 59

⁴⁸ ebenda

⁴⁹ GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 63a „Russische Kriegsgefangene deutscher Abstammung im Kriege 1914 - 1916“, S. 94

⁵⁰ ebenda

⁵¹ ebenda

⁵² a.a.O., S. 121

In einem Erlaß des Ministeriums des Innern vom 8.9.1919 an alle Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten heißt es denn auch:

Die Bezeichnung „Ausländer-Russe“ sei als Diskriminierung zu verstehen und hat künftig zu unterbleiben. Vielmehr sollte der Begriff „Deutschausländer“ verwendet werden, denn der „Rückwanderer ist keine Persönlichkeit, dem mit Mißtrauen und Vorsicht zu begegnen ist, sondern daß es sich im Gegenteil fast durchweg um Deutsche handelt, die besonderem Schutz empfohlen werden müsse“.⁵³

Zusammenfassung

So wie die ursprünglichen Auswanderer, die zu unterschiedlichen Zeiten nach Wolhynien kamen, verschiedene persönliche Gründe hatten, war auch die spätere Auswanderung und speziell die Rückwanderung nach Deutschland individuell verschieden motiviert.

Außerdem kann festgestellt werden, daß die Rückwanderung von deutscher Seite aus durch Politik und Wirtschaft unterstützt und gefördert wurde.

Zwischen Aus- und Einwanderung bestand also ein nicht zu leugnendes Verhältnis von gegenseitigem Geben und Nehmen. Dabei stand auf der einen Seite die Rückkehr- und Arbeitsbereitschaft der Wolhynier und auf der anderen Seite der bevölkerungs-, wirtschafts- politische und nicht zu vergessen auch der militärische Nutzen für das Deutsche Reich.

Unverkennbar sind die Parallelen mit anderen Phasen der Rückwanderung in der späteren deutschen Geschichte. Sowohl die Bemühungen der Nationalsozialisten mit ihrem Programm „Heim ins Reich“ als auch der Zuzug der Spätaussiedler in den 90er Jahren waren, in unterschiedlicher Ausprägung der einzelnen Begründungen, durch dieses gegenseitige Verhältnis geprägt.

Genau wie die im Zuge des 1. Weltkriegs zurückgekehrten Wolhynier mußten auch die späteren Einwanderer in Deutschland mit Ablehnung durch die eingessene Bevölkerung leben: Während in den 40er Jahren die Rückkehrer teilweise als „Beutedeutsche“ diffamiert wurden und den Spätaussiedlern von weiten Teilen der Bevölkerung gar die deutsche Abstammung wegen der fortgeschrittenen Generationenfolge abgesprochen wird, obwohl ihnen die kulturelle Herkunft und die Unterdrückung durch das Sowjetsystem bewußt ist, müssen sich einem doch zwangsläufig die Fragen nach der Wichtigkeit der Nationalität und der Staatsbürgerschaft stellen.

Mir ist das Bewußtsein um die Gleichheit der Menschen und die Toleranz gegenüber den Immigranten mit dieser Arbeit um so mehr ins Gewissen gerückt. Das gegenseitige Verhältnis zwischen Aus- und Einwanderung ist untrennbar verbunden und kann nicht geleugnet werden. Wenn man das Leid der Auswanderer erkennt, um die volkswirtschaftlichen Vorteile der Einwanderer weiß, über die Familienforschung vielleicht sogar sich seiner eigenen wechselvollen Herkunft Gewißheit verschafft, dann kann man nicht an intolerante Ideologien wie Nationalismus oder gar Rassismus glauben, denn dies waren ja die Ursachen von Krieg und Vertreibung.

Berlin, im November 2003

⁵³GStAPK: I.HA Rep.77 Ministerium des Innern Tit. 226b Einwanderungen Nr. 64a „Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung, Bd. 1 1918 – 1924, S. 264



Nummer der Rückwandererliste: _____ Число вітязького списку: _____

Rückwanderer = Ausweis.

De nachstehend bezeichneten Person : Означеної особи:

I. Familienname des Inhabers: Schumann I. Прізвище: _____

Vorname (Person unterschreiben): Heinrich Ім'я: _____

Wohnort (mit genauer Angabe): Bergowka Мешкання: _____
Kownograd-Walynsk.

Gouvernement: Walyniew Губернія: _____

geboren am 1867 Родився дня: _____

Geburtsort: Jamidzi, Kalisch в: _____
Kandarbiter

Beruf: Kandarbiter Займається: _____

II. seiner Ehefrau: II. Його жінки:

Vorname: Rosalie Ім'я: _____

Mädchenname: Krüger Дівоче прізвище: _____

geboren am 1877 Родилась дня: _____

Geburtsort: Sukrawka, Nord-Walynsk, Mith.

III. seinen minderjährigen Kindern: III. Його неповнолітнім дітям:

1. <u>Julius</u> geboren am <u>1909</u>	1. _____ родився дня: _____
2. " " " "	2. " " " "
3. " " " "	3. " " " "
4. " " " "	4. " " " "
5. " " " "	5. " " " "
6. " " " "	6. " " " "

wird bescheinigt, daß sie ausweislich der beigebrachten Urkunden und Zeugenaussagen aus dem Gebiete des Deutschen Reiches stamm- und daß sie sich auf Grund des Artikels 16 Absatz 1 des deutsch-ukrainischen Zusatzvertrages vom 9. Februar 1918 zu dem am gleichen Tage in Triest-Cittovich unterzeichneten Friedensvertrage zwischen Deutschland, Osterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und der Ukrainischen Volkrepublik andererseits durch die untenstehende Dienststelle bei der Reichsstelle für deutsche Rückwanderung und Auswanderung (Reichsmigrationsstelle) zur Rückwanderung nach Deutschland angemeldet hat.

До відає названої особи відносять ся арт. 18, 19 названої довавної умови із яких виходять на-друковані на другім боці користі і злучені з ними постанови.

Auf die vorgenannte Person finden daher die Artikel 18, 19 des bezeichneten deutsch-ukrainischen Zusatzvertrages, aus denen sich die umseitig abgedruckten Vergünstigungen ergeben, sowie die dazu ergehenden Bestimmungen Anwendung.

Ця посвідка, наскільки продовження її не зазна-чено на другому боці, трагить свою силу з дням 31. грудня 1918.

Dieser Ausweis verliert vorbehaltlich der umseitig zu vermerkenden Verlängerung am 31. Dezember 1918 seine Gültigkeit.

Ausgestellt: Виставлена дня: _____

Rowno, den 28. 11. 1918 _____ 19__

Unterschrift: Підпис: i. J. Althausen

(Dienststempel) (Службовий печаток)

15209

Rückwanderer-Ausweis für Heinrich Schumann, seine Ehefrau Rosalie und deren Sohn Julius, ausgestellt am 28.11.1918 in Rowno und von Pastor Althausen unterschrieben.